

18. Wahlperiode

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU

zum Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
auf Annahme einer Entschließung

60 Jahre Römische Verträge – Berlin baut weiter mit an unserem gemeinsamen europäischen Haus

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 18/0304 – wird mit folgenden Änderungen angenommen:

„Das Abgeordnetenhaus würdigt die Römischen Verträge, die sich am 25. März 2017 zum 60. Mal gejhrt haben, als Grundstein für Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa. Die europäische Integration, die sich in der EU manifestiert, war die mutige wie richtige Antwort auf die Schrecken der Gewalt und der Kriege in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Den seiner Zeit mühsam erreichten Frieden in Europa zu erhalten, bleibt eine Aufgabe, die die richtigen Lehren aus der Geschichte berücksichtigt und zugleich immer wieder aktiv gestaltet werden muss.

Das Abgeordnetenhaus erteilt allen, u.a. populistischen Anfeindungen gegen die europäische Einigung eine klare Absage. Wer einer Rückkehr zu rein nationalstaatlichen Lösungen das Wort redet, verkennt die Bedeutung der europäischen Einigung für unsere ehemals geteilte Stadt, Deutschland und den Kontinent als Ganzes und schadet künftigen Generationen.

Das Abgeordnetenhaus begrüßt, dass die Europäische Kommission mit ihrem Weißbuch einen breit angelegten Diskussionsprozess über die Zukunft der EU eröffnet hat. Die nach wie vor nicht überwundene Wirtschafts- und Sozialkrise in zahlreichen Mitgliedstaaten des Euroraums, die Schwierigkeiten beim solidarischen Umgang mit den Migrations- und Fluchtbe-
wegungen, das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU und die Anfeindungen

populistischer anti-europäischer Parteien zeigen: Die Europäische Union steht an einem Scheideweg. Als Land Berlin sagen wir Ja zu einem gemeinsamen, europäischen Weg. Dieses Ja ist ein Ja zu den gemeinsamen Werten der EU-Mitgliedstaaten, basierend auf den universellen Menschenrechten, Freiheit, Demokratie, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung von Minderheitenrechten. Diese Werte haben nichts von ihrer Relevanz und Anziehungskraft eingebüßt und bilden auch im Land Berlin die Grundlage unseres Miteinanders.

Wie das Europa der Zukunft aussieht, muss gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entschieden werden. Das Abgeordnetenhaus begrüßt die Vielzahl an pro-europäischen Initiativen, Verbänden und Aktivitäten, die in Berlin beheimatet sind, etwa den „March for Europe“ am 60. Jahrestag der Römischen Verträge oder den sonntäglichen „Pulse of Europe“. Das Abgeordnetenhaus ruft den Senat dazu auf, sich auf Bundes- und Europaebene aktiv an dieser Zukunftsdebatte zu beteiligen.

Das Abgeordnetenhaus hebt hervor, dass sich gerade am Beispiel Berlins die Bedeutung der europäischen Integration ablesen lässt. Während der deutschen Teilung hat West-Berlin stets die volle politische Solidarität der Europäischen Gemeinschaft erfahren. Die Europäischen Förderfonds sichern Arbeitsplätze und tragen zur Stärkung der Berliner Wirtschaft und ihrer Wettbewerbsfähigkeit bei. Eine Renationalisierung dieser Regionalförderpolitik widerspricht dem europäischen Solidaritätsgedanken. Das Abgeordnetenhaus fordert daher an dieser Stelle, dass auch in der neuen Förderperiode nach 2020 eine starke EU-Kohäsionspolitik betrieben wird, die den Zusammenhalt in der EU fördert.

Europäischer Zusammenhalt verlangt, sowohl der sozialen Dimension in der EU-Politik deutlich mehr Gewicht einzuräumen als auch die europäische Investitionsoffensive „Europäischer Fonds für strategische Investitionen“ zu unterstützen. Die aus dem EFSI-Fonds zur Verfügung gestellten Mittel dienen der Mobilisierung von Finanzmitteln, der Förderung von Investitionen in die Realwirtschaft und der Schaffung eines investitionsfreundlichen Umfeldes. Die im Frühjahr durch die Kommission angekündigte „Säule der sozialen Rechte“ darf sich nicht auf Sicherung des Status quo beschränken. Vielmehr müssen Legislativvorschläge dazu beitragen, das europäische Sozialmodell zu stärken. Lohn-, Sozial- und Steuerdumping verschärfen das Auseinanderdriften der Europäischen Union. Die Jugendarbeitslosigkeit entschieden zu bekämpfen und weitere Investitionen für Wachstum und Beschäftigung auf den Weg zu bringen, sind dringende Aufgaben, die angepackt werden müssen.

Bei der Bekämpfung des Klimawandels muss die EU stärker als bisher auf den Ausbau erneuerbarer Energien und die Senkung der CO₂-Emissionen setzen. Der Schutz von natürlichen Ressourcen kann nur international und gemeinschaftlich gesichert werden, denn Umweltverschmutzung hört nicht an nationalen Grenzen auf.“

Berlin, den 3. Mai 2017

Graf Jupe
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU